

Der Vollzugsdienst

4-5/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Datenerhebung des BSBD Bund zur „Gewalt gegen Justizvollzugsbedienstete“

Unterschiedliche Erfassungs-
weisen in den Bundesländern

Seite 1

Revisionsprozess zum Limburger Urteil vor dem BGH Karlsruhe

Dürfen verurteilte JVA-Beamte mit
einem Freispruch rechnen ?

Seite 6

Das Thüringer Personal- entwicklungskonzept liegt endlich vor !

Verbindliche Aussagen und zeitliche
Festlegungen fehlen an vielen Stellen

Seite 90



Drohnen – die Gefahr im Justizvollzug

Mehr dazu
auf Seite 4
dieser Ausgabe



BUNDESHAUPTVORSTAND



BRANDENBURG



SACHSEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Datenerhebung des BSBD Bund zur „Gewalt gegen Justizvollzugsbedienstete“
- 2 Viel Bewegung in den Landesverbänden Baden-Württemberg, Bremen und Nordrhein-Westfalen
- 2 Tag der offenen Tür der Bundesregierung – Fortsetzung der Bundeskampagne des BMJV – In meinem Namen –
- 4 Drohnen – die Gefahr im Justizvollzug
- 5 Niederländischer Strafvollzug und Europa waren Thema
- 5 Anträge auf gerichtliche Entscheidungen zukünftig papierlos
- 6 Der BSBD-Seniorenausschuss tagte in Mainz
- 6 Revisionsprozess vor dem BGH Karlsruhe: JVA-Beamte vor Freispruch?

LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 22 Bayern
- 24 Berlin
- 29 Brandenburg
- 32 Hamburg
- 40 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 55 Niedersachsen
- 58 Nordrhein-Westfalen
- 72 Rheinland-Pfalz
- 75 Saarland
- 78 Sachsen
- 82 Sachsen-Anhalt
- 88 Schleswig-Holstein
- 90 Thüringen
- 78 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2019:

⇒ ⇒ 10. Dezember 2019

BSBD-Landeshauptvorstandssitzung am 3. und 4. Juni 2019 in Gäufelden bei Herrenberg

Mit Erfolgen zur Formung der Zukunft

Recht pünktlich um zehn Uhr begrüßte Landesvorsitzender Alexander Schmid die erwartungsvoll angereisten Ortsverbandsvorstände und Fachgruppensprecher/innen sowie Gäste aus allen Landesteilen im angenehmen Ambiente des Tagungshotels Aramis. Es hatte den Anschein, dass der schöne warme Frühsommertag sich auf die kollegial-gute Laune der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ganz sichtbar auswirkte.

Mit großer Freude hieß der Vorsitzende auch die Ehrenmitglieder **Wolfgang Kneip** und **Georg Konrath** herzlich willkommen. Sodann stellte er kurz einige personelle Veränderungen in den Vorständen der Ortsverbände und bei den Fachgruppensprechern, sowie im Landesvorstand selbst vor.

- Zudem werde gegen Mittag Rechtsanwalt **Wolfgang Lavorenz** zu einem Vortrag über die Arbeit des dbb-Dienstleistungszentrums Mannheim (DLZ) erwartet.
- Danach werde **Thorsten Söffner**, zuständig für den öffentlichen Dienst bei der BGV, einen Vortrag halten.

- Am zweiten Sitzungstag werde gegen 12 Uhr auch der **BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger** zu uns kommen. Er wird eine Ansprache mit brandaktuellen Einblicken zur Lage der Beamtenschaft in Baden-Württemberg halten und für Fragen zur Verfügung stehen. ■



Landeshauptvorstand – Blick ins Plenum.

Alle Fotos: BSBD-LV BW

Bericht des Landesvorsitzenden

Der Vorsitzende projizierte mittels einer PowerPoint Präsentation die aus verbandspolitischen Sicht zu behandelnden Probleme und Ergebnisse aus dem letzten Verbandsjahr – und darüber hinaus – auf die große Leinwand des Sitzungssaals. Diese hatten es durchaus in sich; er gruppierte und gestaltete seinen Tätigkeitsbericht – oder besser: Arbeitsreport – um diese vielen Stichworte herum. Dabei unterteilte er sie in das bislang Erreichte und in die weiteren Ziele. Er stellte dar, dass der BSBD schon viele kleine und große Ziele erreichen konnte und weiterhin an seinen Visionen zur Entwicklung eines Justizvollzuges festhält, der als wichtigstes Gut seine motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Mittelpunkt stellt.

Der Einfachheit halber und aus Platzgründen wird die Zusammenstellung hier wiedergegeben:

Viel wurde erreicht . . .

- ✓ Freie Heilfürsorge oder Beihilfe als Wahloption
- ✓ Übernahme titulierter Schmerzensgeldansprüche
- ✓ Verdoppelung / Erweiterung der Zulage für Pflegedienste
- ✓ Verdoppelung der Meisterzulage
- ✓ Einführung einer Werkdienstzulage allgemein
- ✓ Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung
- ✓ Verbesserung / Erhöhung der Anwärtersonderzuschläge
- ✓ Übernahme des Tarifergebnisses „ohne Wenn und Aber“
- ✓ Attraktivitätsprogramm: „Stellenobergrenzen mittlere Dienste“
- ✓ Intensive Kommunikation bei Haushaltsplanungen des JM
- ✓ Professionalisierung der Bergergewinnung

- ✓ Beteiligung an der AG Medizin-konzept des JM
- ✓ Einführung einer „Qualifikationskonzeption“ mittlerer Verwaltungsdienst
- ✓ Etablierung einer AG Blaue Uniform
- ✓ Neue Webseite des Landesverbandes
- ✓ Professionalisierung bei Werbemitteln
- ✓ Verbreiterung unserer gewerkschaftlichen Basis

Viel bleibt zu tun . . .

- Hebungen und Neustellen im Gehobenen Verwaltungsdienst
- Hebungen und Neustellen im Psychologischen Dienst
- Hebungen und Neustellen im Sozialdienst
- Hebungen und Neustellen für Vollzugsdienst im JV und Werkdienst

- **Neustellen durch Qualifikation im mittleren Verwaltungsdienst**
- **Module nur mit paralleler Personalausstattung**
- **Betreuungsfaktor „Zwei“ im AVD und WD**
- **A 13 für „Lehrer“ im Bestand**
- **Einstieg in B-Besoldung für Anstaltsleitungen und Leiter JVKH**
- **A 12 für VDL und WDL mit „Nachzuseffekt“**
- **A 10 für stellv. WDL – analog zum AVD**
- **Einstieg des MVD in Aufstieg nach § 22 LBGBW**
- **Rücknahme Beihilfeeinschnitte seit 2013**
- **Abschaffung Kostendämpfungs-pauschale**
- **Übertragung Mütterrente auch in BW**
- **Reform der A-Besoldung, incl. Überarbeitung der Erfahrungsstufen**
- **Verbesserung Zulagensituation insgesamt**
- **Karriere im Justizvollzug**

Besonders hob er einige Kernpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit und die Erfolge für die Kollegen und Kolleginnen, die ausnahmslos und umfassend alle Dienstgruppen einbezogen haben, hervor.

So sei es nach sehr langer Zeit endlich gelungen, die Möglichkeit des Übergangs in die **freie Heilfürsorge** für bestimmte Bedienstetengruppen zu erreichen (Vollzugsdienst und Werkdienst). Das Landeskabinett habe dies am 21. Mai 2019 klar beschlossen und die Finanzierung über den Justizhaushalt sei gesichert. Allerdings wird die praktische Umsetzung noch geraume Zeit dauern, da noch vielfältige gesetzliche sowie verwaltungs- und vertragsrechtliche Änderungen und Ergänzungen abzuarbeiten sind. Der **BSBD** wird jedoch exklusiv für Mitglieder ein geeignetes persönliches Beratungs- und Betreuungskonzept ausbringen.

Kollege **Schmid** hat hierzu auch ein schlagendes Beispiel gebracht: „Vor Kurzem habe ich mit einer jungen Kollegin gesprochen, sie hat gerade ihre Ausbildung abgeschlossen (A7) und am Ende bleiben ihr mit allen Zulagen rund 1.800.– Euro netto im Monat. Dabei muss sie 270.– Euro an die Private Krankenversicherung bezahlen, bei einem 50-Prozent-Anteil von der Beihilfe. Hätte sie die Wahloption zur neuen Welt der freien Heilfürsorge, würde sie stattdessen nur 60.– Euro Anwartschaftsversicherung bezahlen. Was für eine Differenz, was für ein geldwertes

Potenzial!“ Auch die Erhöhungen bei den **Anwärtersonderzuschlägen** hat viel Zeit und Mühe bis hin zu parlamentarischen Initiativen in Anspruch genommen, aber nun ist sie beschlossene Sache, auch wenn nicht alle prozentualen Anteile zufriedenstellend ausgefallen sind.

Auch die Übernahme von **Schmerzengeldansprüchen** durch das Land, nach Übergriffen auf Bedienstete, ist auf gutem Wege und der **BSBD** hatte mehrfach Gelegenheit, durch Stellungnahmen bei der Ausgestaltung dieser Vorschrift mitwirken zu können.

Zur gewerkschaftlichen Arbeit des **BSBD** ist zurückblickend zu sagen, dass bereits 2010 der verbandspolitische Standort vom Vorstand definiert worden ist. Es wurden damals auch die anzustrebenden Entfaltungen und **Zielsetzungen** besprochen, unter anderem für den Landeshauptvorstand oder Veränderungen im Landesvorstand und die organisatorische Weiterentwicklung des Landesverbandes. Zudem wurde auch festgelegt, wie wir als Gewerkschaft künftig wahrgenommen werden wollen. Als wesentlicher Kern wird dabei die sehr offensive **Öffentlichkeitsarbeit** des **BSBD** auf den bedeutenden Feldern der Medien und der Politik gesehen. Diese erfolgreiche Arbeit soll auch künftig so fortgeführt werden.

Kollege **Schmid** berichtete über viele ebenso konstruktive wie kritische Gespräche, welche der Vorstand im vergangenen Jahr auf allen möglichen Politik- und Verwaltungsebenen führen konnte. Hierzu zählten solche mit dem

Justizminister selbst und auch – erstmalig – mit dem Staatsministerium, verschiedenen Arbeitskreisen der Landtagsfraktionen, selbstverständlich den Strafvollzugsbeauftragten und anderen einflussreichen Abgeordneten, ebenso gab es viele, fast schon regelmäßige Zusammenkünfte im Justizministerium und mit anderen Verbänden. Dabei erlaubte es die gegenseitige Wertschätzung und die sachliche Atmosphäre immer, – wenn notwendig – den Finger in die Wunde zu legen sowie die Probleme und Sorgen im Justizvollzug offen und ungeschönt anzusprechen. Der Vorsitzende meint: die Trendwende ist eingeleitet. Die Presse kommt mittlerweile auf uns als Gewerkschaft zu und stellt die richtigen Fragen. Die Kolleginnen und Kollegen können darlegen, was im Vollzug stattfindet, ohne hierbei zu dramatisieren.

Der **Doppelhaushalt des Landes 2020/2021** wurde dieses Mal anders abgefasst als bisher üblich. Es wurden nämlich im Vorfeld vom Justizministerium mit dem **BSBD** Erörterungen durchgeführt und Wünsche und Gedanken des **BSBD** mit aufgenommen. Das Ministerium hat einen ambitionierten Haushalt aufgestellt. Viele Wünsche und Forderungen des **BSBD** wurden eingearbeitet. Der Vollzug stellt auch klar die oberste Priorität im Haushaltsentwurf des Ministeriums dar. Die Chancen waren noch nie so groß wie derzeit, dass der Justizvollzug attraktiver gemacht werden kann und dass die Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden können. ■

Gastbeiträge

Am ersten Sitzungstag gegen 14:30 Uhr hielt Rechtsanwalt **Wolfgang Lavorenz** vom Dienstleistungszentrum Südwest in Mannheim einen Vortrag

über die Arbeit des DLZ und über den neu gestalteten Rechtsschutzantrag. Aus dem Plenum kommt die Frage, ob man den Rechtsschutzantrag direkt an



Landesvorsitzender Schmid mit Rechtsanwalt Lavorenz vom DLZ.



Thorsten Söffner von der BGV schenkt dem frischgebackenen Vater Lars Rinklin ein „Auto“ für den Ein-paar-Tage alten Sohnemann – ohne Haftung!

das DLZ senden kann. Koll. **Alexander Schmid** erläutert, dass auf der Homepage die Verfahrensweise beschrieben ist und der Weg über den OVV und die **BSBD**-Geschäftsstelle derzeit zwingend einzuhalten ist. Es wird der Wunsch geäußert, dass ein Hinweis auf der Homepage eingepflegt wird, dass der Antrag über den OVV an die Geschäftsstelle zu richten ist. **Alexander Schmid** sagt zu, den Text auf der Homepage nach Beratung im Landesvorstand anzupassen. Kollege **Konrath** weist in Bezug auf Fristen darauf hin, dass man immer den Rat zur Fristenwahrung geben kann, einen Einspruch einzulegen mit dem Hinweis, dass die Begründung nachgereicht werde. Die Gedanken zum Antragsweg, welche angesprochen und diskutiert wurden, sollen im Rahmen der nächsten Landesvorstandssitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Eine mögliche direkte Übersendung der Rechtsschutzunterlagen durch das Mitglied an die Landesgeschäftsstelle soll ergebnisoffen geprüft werden. Abschließend hob der Landesvorsitzende die ausgezeichnete vertrauensvolle Zusammenarbeit von **BSBD** und DLZ hervor, bei dem die von uns eingereichten Rechtsschutzfälle mit hoher juristischer Kompetenz bearbeitet würden und somit in den besten Händen seien.

Im Anschluss zu den Ausführungen von Rechtsanwalt **Lavorenz** begrüßte **Alexander Schmid** Herrn **Thorsten Söffner** von der **BGV** (Badische Versicherungen), der für alle Versicherungsbelange des öffentlichen Dienstes im Lande – und darüber hinaus – zuständig ist. Dieser informierte in seinem Vortrag über die Arbeit und die Angebote der **BGV** sowie über die Möglichkeiten der

Kooperation. Besonders stellte er ein attraktives Allround-Versicherungsangebot mit erstaunlich günstigen Konditionen vor, das exklusiv für junge Leute und damit auch für junge Beamtinnen und Beamte von der **BGV** ausgearbeitet worden ist. Vortrag und Diskussion waren sehr interessant und wurden vom Referenten kurzweilig und mit Humor dargeboten.

Am zweiten Tag gegen 12:00 Uhr hielt der **Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg – Kai Rosenberger** – einen Impulsvortrag zur Arbeit des **BBW** und des **dbb**. Er berichtete über die Rechtsprechungen der obersten Gerichte in der Vergangenheit, die insbesondere auch durch Rechtsanträge und Eingaben des **BBW** ergangen sind. Weiter referierte er über

die strittigen Fragen zur Wochenarbeitszeit und zu Besoldungsstrukturen in den verschiedenen Bundesländern und beim Bund. Er erläutert zudem, dass es ein vorrangiges Ziel sei, dass von der Landesregierung die Beihilfeverschlechterungen, vor allem aber die Kostendämpfungspauschale, vollständig und so schnell wie möglich zurückgenommen werden. Herr **Rosenberger** brachte in seinem völlig frei gehaltenen Beitrag eine breit gestreute Fülle von Daten und Fakten, die zeigten, dass der **BBW** seine Aufgaben sicher, überzeugend mit Argumenten und sehr kompetent zu bewältigen vermag. Ganz besonders eindrucksvoll war, wie er aus dem Koalitionsvertrag der Bayerischen Landesregierung die äußerst anerkennenden und wertschätzenden Aussagen zum öffentlichen Dienst im Freistaat zitierte – hierzu ein kleiner, von uns nachgelesener Auszug: „Ein starker Staat und eine leistungsfähige Verwaltung gehören untrennbar zusammen. Wir wollen daher auch weiterhin für die beste Bezahlung der Beamten im bundesweiten Vergleich sorgen ... Wir sagen Ja zum Beamtenstatus und zum Berufsbeamtentum. Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab ... Wir verstärken die **Nachwuchsgewinnung** für den Öffentlichen Dienst. Wir wollen die besten Köpfe für den Freistaat gewinnen. Wir wollen alle Berufsanfänger beim Berufseinstieg besserstellen und erhöhen dazu die Eingangsbesoldung durch Streichung der jeweils ersten Altersstufe in allen Besoldungsgruppen. Zudem ... führen wir das laufende, historisch einzigartige Ausbau- und Modernisierungsprogramm für die Ausbildungs-



Solidarität schafft Freude und Freunde: Kai Rosenberger und Alexander Schmid (li.)

standorte des Freistaates fort.“ Für unser Land Baden-Württemberg, in dem Anerkennung und Wertschätzung des Beamtenums auch wieder entdeckt worden sind, empfahl **Kai Rosenberger**: Bitte unbedingt als Beispiel nehmen und nachahmen! – denn Bayern ist sicherlich nicht arm, aber auch nicht reicher als Baden-Württemberg. (Der gesamte Koalitionsvertrag der Bayerischen Regierung, hier S.56 – ist aufrufbar im Internet.)

Neben diesen inhaltsreichen Teilen der Hauptvorstandssitzung wurden selbstverständlich auch die Vorgänge gem. Satzung behandelt – diese betrafen:

- Mit seinen **Finanzen** ist der BSBD zwar nicht auf Rosen gebettet, aber die Kassenlage ist stabil und ausgeglichen. Neben den hohen Aufwendungen an die Dachverbände lässt sie nach wie vor Raum für Fortbildungstagen und Veranstaltungen von Fachgruppen, Personalräten, Ortsverbänden, Arbeitsgruppen, Sportgruppen u. a. m.
- Nach dem Bericht der Kassenprüfer zur beanstandungsfreien Kassenführung und Antrag aus dem Plenum erfolgte die einstimmige **Entlastung** des Landeskassiers und des Gesamtvorstands.

- Ebenso wurde der **Haushaltsvoranschlag 2020** einstimmig angenommen.
- Die dem Plenum vorgetragenen **Tätigkeitsberichte der Fachgruppensprecher** mit vielen interessanten Inhalten sind auf unserer **BSBD-Homepage** unter der Rubrik „Archive“ eingestellt und dort nachlesbar.
- Die Behandlung und die Abstimmungen über **zehn Anträge** wurden mit jeweiligen Plenumsvoten vorgenommen.

- Weitere Themen zu den **Personalratswahlen 2019, Rechtsschutz und Datenschutz nach DSGVO, Einsatz einer Satzungskommission zum Delegiertentag 2022** und Mitgliederwerbung wurden erörtert.
- Die nächste Landeshauptvorstandssitzung wird am **22. Juni und 23. Juni 2020** im KVJS Gültstein/Herrnberg stattfinden (KVJS: Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg).

wok ■

Zum Abschluss: keine Philosophie – sondern Leitlinien des Handelns



Erdrutschsieg für den BSBD-Landesverband bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat im Justizministerium

- Der Erfolg bei den letzten Wahlen im Jahr 2014 konnte sogar noch übertroffen werden.
- Der Landesverband konnte ein Ergebnis erzielen, von dem niemand zu träumen wagte.
- Neun von zehn der für den BSBD Baden-Württemberg Kandidierenden haben den Einzug in das Gremium geschafft.

Am 2. und 3. Juli 2019 fanden die Wahlen zum Hauptpersonalrat im Ministerium der Justiz und für Europa sowie zu den örtlichen Personalräten in den Justizvollzugsanstalten statt.

Der **BSBD Landesverband** war in der Liste der Arbeitsgemeinschaft Justiz – **AG Justiz** – des Beamtenbundes und der Tarifunion – **BBW** – mit insgesamt zehn Kandidatinnen und Kandidaten aus den Ortsverbänden und dem Landesvorstand zur HPR-Wahl angetreten, davon sechs für die Gruppe der Beamten und vier für die Gruppe der Arbeitnehmer. Nachdem die Liste der **AG Justiz** wider Erwarten die einzig ein-

gereichte blieb, wurde dieses Mal nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl abgestimmt, was zur Folge hatte, dass nur eine Stimme pro Kandidat/in vergeben werden konnte.

Den Angehörigen der Gruppe der Beamten standen insgesamt 11 Stimmen zur Abgabe zur Verfügung, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren es 6 Stimmen. Der Hauptwahlvorstand beim Ministerium der Justiz und für Europa stellte in seiner Sitzung am 12.07.2019 das Wahlergebnis fest. Die Bekanntmachung sorgte beim **BSBD Baden-Württemberg** für Aufregung und regelrechte Verblüffung, aber

vor allem natürlich für große Freude, schließlich bedeutete es einen nie dagewesenen Erfolg für den Landesverband und zeigte eindrucksvoll, wie groß die Unterstützung und das Vertrauen im Land sind.

Hier nun die wichtigsten Zahlen und Fakten zur Wahl (Auszüge aus der Bekanntmachung des Wahlergebnisses):

1. Gruppe der Beamten

Wahlberechtigt waren 9.474 Beamte, davon wählten 5.659. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 59,73 Pro-

Beamstendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamstendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

zent. Von den 34.674 gültigen Stimmen haben die Kandidaten des **BSBD**-Landesverbandes erhalten:

Alexander Schmid:	2.619 Stimmen
Michael Schwarz:	2.322 Stimmen
Lars Rinklin:	1.945 Stimmen
Daniel Meurer:	2.011 Stimmen
Alexander Rees:	1.768 Stimmen
Jürgen Scheike:	1.841 Stimmen
Summe:	12.506 Stimmen (rund 36 %)

Damit wurden alle Kandidaten in den HPR gewählt und zwar auf die Plätze 1 bis 6 von insgesamt elf zu wählenden Hauptpersonalratsmitgliedern. Neben dem **BSBD**-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid**, der 2010 erstmals in den Hauptpersonalrat einzog, und dem Ersten Stellvertretenden Landesvorsitzenden **Michael Schwarz**, der seit 2014 Mitglied des HPR ist, haben es auch vier neue Gesichter in das Gremium geschafft. Durch **Alexander Rees** ist nun auch der Werkdienst direkt im HPR vertreten.



Alexander Schmid



Michael Schwarz



Lars Rinklin



Daniel Meurer



Alexander Rees



Jürgen Scheike

2. Gruppe der Arbeitnehmer

Wahlberechtigt waren 5.710 Arbeitnehmer, davon wählten 3.091. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 54,13 Prozent.

Von den 12.943 gültigen Stimmen haben die Kandidatinnen des Landesverbandes erhalten:

Sabine Bischof:	1.305 Stimmen
Sabine Glas:	878 Stimmen
Ute Eble:	960 Stimmen
Andrea Hehr:	726 Stimmen
Summe:	3.869 Stimmen (rund 30 %)

Drei der vier Kandidatinnen, nämlich **Sabine Bischof** und **Ute Eble**, die bereits Erfahrung im HPR sammeln konnten, und **Sabine Glas** als „Newcomerin“ haben den Einzug in den HPR geschafft. Sie landeten auf den Plätzen 1, 4 und 5 von sechs zu wählenden Hauptpersonalratsmitgliedern.



Sabine Bischof



Sabine Glas



Ute Eble



BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug



www.bsbd-bw.de

Am 17.07.2019 fand dann die konstituierende Sitzung des Hauptpersonalrats statt. Zur Vorsitzenden wurden **Monika Haas** und zur Stellvertreterin die **BSBD**-Kandidatin **Sabine Bischof** gewählt.

Feststeht, dass wir auch ohne den Vorsitz inne zu haben, die Interessen des Justizvollzugs durch die große „**Manpower**“ des **BSBD**-Landesverbandes im Gremium (9 von 17 Sitzen!) gebührend vertreten werden können. Die Vorstellungen und Ziele des **BSBD** werden in die praktische Arbeit des Hauptpersonalrats künftig noch stärker als bisher einfließen können und großes Gewicht haben. Diese vielversprechenden Aussichten für den Vollzug bezüglich der Arbeit im HPR sind aber nicht nur den Kandidatinnen und Kandidaten zu verdanken.

Hierzu sagte der Landesvorsitzende **Alexander Schmid**:

► „*Vielmehr haben Sie als Unterstützer in den einzelnen Ortsverbänden der Justizvollzugsanstalten, im Hauptvorstand und Vorstand des Landesverbandes diesen Riesenerfolg ermöglicht. Für diese herausragende Teamleistung und innere Geschlossenheit sei Ihnen hiermit herzlichst gedankt. Nur durch Sie war dieser immense Erfolg zu erzielen.*

Der BSBD-Landesverband Baden-Württemberg weiß diesen Vertrauensbeweis sehr zu schätzen und wird weiter Ihre Ziele zu seinem Anliegen machen und für Ihre Interessen eintreten.“ tem ■

Letzte Hürde genommen

Landeskabinett stimmt der Einführung der freien Heilfürsorge zu

- Die großen und unermüdlichen Anstrengungen des Landesverbands zahlen sich aus.
- Baden-Württemberg führt als erstes Bundesland die Option auf freie Heilfürsorge für Vollzugsbedienstete ein.

„Kostenlose Behandlung für Justizbeamte in Baden-Württemberg“ lautete die Schlagzeile in der *STUTTGARTER ZEITUNG* am 21.05.2019, nachdem das Kabinett den Beschluss zur Umsetzung für eines der großen Ziele des BSBD getroffen hatte.

Was manche noch immer kaum glauben können: Die Wahloption zwischen Freier Heilfürsorge und Beihilfe für die operativen Dienste der Justizvollzugsanstalten (mittlerer und gehobener Vollzugsdienst und Werkdienst) wird Realität, auch für die Angehörigen dieser Laufbahnen im Abschiebungshaftvollzug in Pforzheim.

Zuletzt beim und nach dem Delegiertentag des BSBD in Freiburg im Jahr 2017 hatte das Thema an Fahrt aufgenommen, insbesondere weil sich MdL **Karl Zimmermann**, Strafvollzugsbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion, persönlich und in enger Abstimmung mit dem BSBD erneut dafür stark machte. Zahllose interne und vertrauliche Gespräche des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und anderen Vertretern des BSBD über einen langen Zeitraum, die offensichtlich das Bewusstsein der Spitzenpolitik, wenn es um Themen des Strafvollzuges geht, verändert haben, haben nun Früchte getragen.

Rund 3.400 Bedienstete im Vollzug werden bald einmalig das Wahlrecht ausüben dürfen, ob sie freie Heilfürsorge in Anspruch nehmen möchten, wie z.B. Polizeivollzugsbeamte, oder beim Mischsystem aus Eigenvorsorge (PKV) und Beihilfe bleiben möchten.

Während Polizeivollzugsbeamte und Angehörige des Einsatzdienstes der Feuerwehren bis zum Eintritt in den Ruhestand automatisch der freien Heilfürsorge unterliegen, ist es gelungen, für den Vollzug eine Wahloption durchzusetzen. Die Kolleginnen und Kollegen können dadurch individuell nach ihren Bedürfnissen entscheiden, was für sie die richtige Wahl ist.

Dieses Modell für den Vollzug ist ein historischer Durchbruch und keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, sondern eine mutige Entscheidung der Landesregierung, die eine besondere Wertschätzung der Arbeit der Vollzugsbediensteten erkennen lässt. Zunächst müssen nun aber die notwendigen Vorschriften, wie etwa das Landesbeam-

tengesetz, entsprechend geändert und die Versorgungsverträge erweitert werden, um die beschlossene Wahloption tatsächlich Realität werden zu lassen.

Dies wird einige Zeit in Anspruch nehmen, so dass derzeit noch kein Handlungsbedarf für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen besteht. Vorsichtigen Schätzungen nach könnte es in der ersten Jahreshälfte 2020 soweit sein.

Der BSBD-Landesverband lässt seine Mitglieder vor dieser wichtigen Entscheidung aber nicht allein, sondern arbeitet bereits mit Hochdruck ein persönliches Beratungs- und Betreuungskonzept aus, damit diese sich vor der Ausübung des Wahlrechts vollumfänglich informieren und kompetent beraten lassen können. Landesvorsitzender **Alexander Schmid** schrieb in einem Rundbrief an die Mitglieder im Mai 2019: „Dieser Service wird aber von einer zuvor bestehenden Mitgliedschaft abhängig gemacht werden, es wird also ganz konkret noch mehr von Vorteil sein, Mitglied des BSBD Baden-Württemberg zu sein.“

Wer also schon Mitglied ist, kann sich momentan entspannt zurücklehnen und über den großen Erfolg des Landesverbands bei der Vertretung seiner Interessen sowie über die Anerkennung der Landesregierung freuen. *tem* ■

Letzte Meldung (27. August 2019)

Das Folgende hat zwar nur mittelbar mit der freien Heilfürsorge zu tun, es würde aber bei einer Realisierung ganz gravierende Auswirkungen haben.

Kaum ist durch Kabinettsbeschluss die Teilhabe von Justizvollzugsbedienste-

ten an der freien Heilfürsorge in trockenen Tüchern, da treibt der **Landesvorsitzende der GRÜNEN – Oliver Hildenbrand** – eine neue Sau durchs Dorf: Der Politiker tritt nachdrücklich dafür ein, dass Baden-Württemberg sich dem sogenannten Hamburger Modell anschließt und für Beamte, die sich gesetzlich versichern, die Hälfte der Versicherungsbeiträge übernimmt – sozusagen als pauschale Beihilfe.

Der **Beamtenbund BW** hat dafür keinerlei Verständnis, erklärte **BBW-Chef Kai Rosenberger**, zumal eine solche Regelung für das Land kurz- bis mittelfristig zu Mehrbelastungen führen werde. Dies habe Finanzministerin **Edith Sitzmann** (ebenfalls GRÜNE) in der Landtagsdrucksache Nr. 16/4763 explizit bestätigt.

Für den **BBW** gibt es keinerlei Grund, am bisherigen Krankenversicherungssystem, bestehend aus privater und gesetzlicher Krankenversicherung, das weltweit als eines der Besten gilt, etwas zu ändern. **Rosenberger** wirft **Hildenbrand** vor, er wolle über den Umweg des Hamburger Modells den Weg für eine allgemeine Bürgerversicherung durch die Hintertür vorbereiten; der **GRÜNEN**-Vorsitzende hatte seinen Vorschlag selbst als Schritt in Richtung Bürgerversicherung bezeichnet. **Kai Rosenberger** verärgert: „Wenn es sich um ideologisch motivierte Pläne handelt, wird offensichtlich weder auf Mehrkosten, noch auf die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme geschaut.“

Wenn's trotzdem so kommen sollte, könnte der BSBD sein über Jahrzehnte mühsam und kämpferisch verfolgtes und nun endlich erreichtes Ziel der freien Heilfürsorge schlichtweg vergessen. *wok* ■



Oliver Hildenbrand.

Foto: HP GRÜNE



Kai Rosenberger.

Foto: Foto: Stimme.de

KURZMITTEILUNG

Hinweise auf Landtagsdrucksachen

1. Landtag Baden-Württemberg –
Drucksache 16/6610
(Juli 2019, 209 S.) Rechnungshof
Baden-Württemberg

**Denkschrift 2019 zur Haushalts-
und Wirtschaftsführung des Landes
Einzelplan 05:**

- Ministerium der Justiz und
für Europa
- Dienstunfähigkeit im Justiz-
vollzugsdienst – Kapitel 0508 –
(S. 109-116)

Trotz angeblicher Beachtung der Besonderheiten im Justizvollzugsdienst ist dem Rechnungshof der Anteil der Beamten des mittleren Justizvollzugsdienstes, die bei Zurruesetzungen wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig den Dienst verlassen, viel zu hoch. Im Justizvollzugsdienst seien diese fast drei Mal so hoch ist wie im Rest der Landesverwaltung. Dies steigere die Personalkosten.

Er empfiehlt deshalb nachdrücklich, „die Ursachen für den hohen Anteil an Zurruesetzungen wegen Dienstunfähigkeit im Justizvollzugsdienst“ gründlich und nachhaltig zu prüfen. Außerdem müsse eine „anderweitige Verwendung“ der Betroffenen umfassender und vor allem korrekter geprüft werden. Da „die Verfahren oft zu lange dauern“, müssten die „amtsärztlichen Untersuchungen zügiger erledigt“ werden. Zudem sollten die „Stellenzulagen ab Einleitung des Zurruesetzungsverfahrens“ gestrichen und „Dienstunfähigkeitsverfahren beim Justizministerium zentralisiert“ werden.

Wir lassen dies weitgehend unkommentiert – nur so viel: Wenn die Dienstunfähigkeit eines Beamten oder einer Beamtin im Justizvollzugsdienst festgestellt wird, dann ist diese auch mehr als begründet. Die hohen Belastungen und die zunehmende Gewalt im Justizvollzug sind nicht erst seit gestern be-



Der „Einzelkämpfer“.

Foto: dpa

kannt. Die alltäglichen Auseinandersetzungen mit den Insassen und auch mit Besuchern und Besucherinnen haben zunehmend außergewöhnliche, aufreibende und bizarre Formen angenommen. Seelische und körperliche Schäden bei den viel zu wenigen und oft auf sich allein gestellten Bediensteten müssen geradezu zwangsläufig eintreten – und „Schonposten“ oder „Druckposten“ gibt es im Justizvollzugsdienst schon lange nicht mehr. Und ebenso ist eine Umsetzung von dienstunfähigen Personen in andere Verwaltungsbereiche außerhalb des Vollzugs schon wegen der ganz spezifischen Ausbildung und des einmaligen unvergleichbaren Dienstalltags sehr schwierig oder gänzlich ausgeschlossen.

Die Landesfinanzen bis in den letzten Winkel kritisch zu durchleuchten ist unbestritten die Kernaufgabe des Rechnungshofes. Der BSBD hätte sich allerdings gewünscht, dass er auch die soziale Komponente bei der Prüfung von Dienstunfähigkeiten im Justizvollzug ein klein wenig beachtet hätte.

In seiner Stellungnahme zu den Vorschlägen des Rechnungshofes hat es das Justizministerium abgelehnt, die Bearbeitung von Dienstunfähigkeitsverfahren beim Ministerium zu zentralisieren, es will aber die Vollzugsanstalten „zu diesem Thema stärker sensibilisieren“. Ebenso hat das Finanzministerium den Wegfall von Stellenzulagen ab dem Zeitpunkt der Einleitung des Zurruesetzungsverfahrens „nicht befürwortet“.

2. Landtag Baden-Württemberg –
Drucksache 16/6476
(Juli 2019, 14 S.)

Antrag der Abgeordneten Jonas Weber u. a. SPD und Stellungnahme des Ministers der Justiz und für Europa (Bearbeitung LMR Egerer)

- **Aktuelle und künftige Personal- und Ausbildungssituation im Justizvollzug**

Dieser Antrag und vor allem die vom Justizministerium hierzu erarbeitete Stellungnahme sind ein ausgezeichnete-

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

**Kompetenz
& Augenmaß
für den
Strafvollzug**

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands

www.bsbd.de

tes, einmalig informatives Dokument zum Zustand und zu den Mängeln des baden-württembergischen Justizvollzugs. Dieses nimmt auch indirekt auf die oben wiedergegebenen Ausführungen des Rechnungshofes Bezug.

Folgende Themen werden ausführlich – unterlegt mit detaillierten und nach den Justizvollzugsanstalten des Landes aufgeschlüsselten Tabellen – behandelt:

- **freiwillige Dienstzeitverlängerungen über die Regelaltersgrenze hinaus,**
- **Anzahl und Gründe vorzeitiger Zurruhe-setzungen,**
- **künftige reguläre Ruhestandseintritte bis 2024,**
- **krankheitsbedingte Fehlzeiten in den einzelnen JVs von 2014 bis 2018 (allg. – AVD),**
- **Anzahl der Mehrarbeitsstunden in den einzelnen JVs sowie Auszahlungsrunden hierzu von 2014 bis 2019,**
- **Planung, Gestaltung und bauliche sowie personelle Ausstattung des Bildungszentrums Justizvollzug Baden-Württemberg in den kommenden Jahren.**

Sehr bemerkenswert ist die Fülle an Daten und Fakten sowie die Aufgeschlossenheit in dieser ministeriellen Stellungnahme. Der **BSBD** empfiehlt: wer sich über Zustand, Mängel und Zukunftsvorstellungen im baden-württembergischen Justizvollzug grundlegend und sehr detailliert informieren möchte, sollte diese leicht zugängliche Landtags-Drucksache einfach mal lesen – es lohnt sich. wok ■

Zu diesem allseits bedrückenden Problemkreis hat der Landesvorsitzende Alexander Schmid am 11.09.2019 kurz vor Redaktionsschluss und im Hinblick auf die Beratungen zum Doppelhaushalt 2010/2021 dem Redakteur einer Stuttgarter Zeitung folgendes geschrieben (Auszüge):

► Neben oder gerade wegen der verschärften dramatischen **Überbelegung** kennen die Überstundenberge nur noch den Weg nach oben (Zunahme 2019: 174.000 Stunden), die **Krankenstände** steigen weiter an (2018: 27 Tage im Schnitt), die vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand wegen **Dienstunfähigkeit** sind um 100% von 24 in 2014 auf 47 in 2018 gestiegen. Was dies über die Belastungen vor Ort aussagt, kann nur als ganz schlimm bezeichnet werden – und der Landeshaushalt kann darüber auch nicht erfreut sein... (s. auch o.a. Landtagsdrucksachen). Ein Umstand, der sich immer mehr aus-

zuweiten scheint, ist, dass wohl fast flächendeckend in allen Vollzugsanstalten sogenannte **Dienstposten** zeitweise oder dauerhaft nicht besetzt werden können. Dies bedeutet, dass wir im Doppel-System Justizvollzug auf der Basis unseres gesetzlichen Auftrages – nämlich Resozialisierung und Sicherheit im Vollzug – unbedingt verpflichtet sind, bestimmte Dienstpositionen im Tagesverlauf zu besetzen, um unseren gesetzlichen Aufgaben nachkommen zu können. Das Gesetz kennt auch keine Option, dass hierauf einfach mal so verzichtet werden könnte. Das Nichtbesetzen dieser Posten aufgrund der dauerhaften und sich noch deutlich verschärfenden Personalknappheit führt dazu, dass eine gravierende Arbeitsverdichtung für einzelne Bedienstete stattfindet. (Folge: der nächste Kranke), Resozialisierung findet hier nur noch auf dem Papier statt, die Sicherheit der Bediensteten und der Inhaftierten leidet erheblich. Wo niemand ist, können wir auch nichts mitbekommen, nicht einschreiten und auch nicht unsere Kol-

legen und Kollegen in angespannten aufreibenden Situationen unterstützen. Offizielle Zahlen hierzu sind nicht bekannt (man wird wissen warum), aber interne Anfragen des **BSBD** haben diese Situation bestätigt. Übrigens ist es auch so, dass durch diese personellen Engpässe und die fehlende Unterstützung vor Ort die Bediensteten auch immer weniger Möglichkeit haben, eigenes Verhalten gezielt und kritisch zu reflektieren.

Schon nach den unrühmlichen Ereignissen in einer JVA des Landes war klar festzumachen: wenn auf den Abteilungen bzw. in den Unterkunftsbereichen und auch in den Werkbetrieben jeweils zwei Bedienstete eingesetzt wären, sich diese dann auch gegenseitig unterstützen und kritisch begleiten könnten – also Unterstützung und Prävention in einem zunehmend schwierigen Umfeld in Einem. Diese zweiseitige Achtsamkeit wird in unserer ansteigend differenzierten und digitalisierten Arbeitswelt immer wichtiger.

als/wok ■

BSBD sagt Danke

Parlamentarischer Berater Aniello Ambrosio (CDU) verabschiedet



Beim Abschiednehmen: Aniello Ambrosio und Alexander Schmid.

Foto: BSBD BW

Nach mehr als drei Jahren intensiver und von tollen Ergebnissen geprägter Zusammenarbeit mit vielen ebenso sachlichen wie freundlich-nachhaltigen Gesprächen hat der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** sich am Rande des Plenums am 17. Juli 2019 persönlich vom scheidenden parlamentarischen Berater der **CDU**, **Aniello Ambrosio**, verabschiedet. Auch er, der zum 1. Au-

gust 2019 zur Staatsanwaltschaft Stuttgart zurückkehren wird, bedankte sich ganz herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit und den stets freundlichen und offenen Umgang.

Der **BSBD**-Landesverband wünscht Herrn Staatsanwalt **Ambrosio** viel Tatkraft und Erfolg bei seinen neuen Aufgabenstellungen innerhalb der Justiz in Baden-Württemberg. ■

Landeshauptvorstand des Beamtenbundes tagt in Leinfelden

BSBD-Delegation mit dabei und im Kontakt mit der Spitzenpolitik im Land

Bei der politischen Landeshauptvorstandssitzung des Beamtenbundes und Tarifunion BBW am 13. Mai 2019 war auch der BSBD stark vertreten.

Die vom Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** angeführte Delegation umfasste auch die Vorstandsmitglieder **Michael Schwarz**, **Lars Rinklin**, **Barbara Reber**, **Andreas Rothböck** und **Frank Maertins**.

Selbstverständlich nutzten die Mitglieder des BSBD auch die sich bietende Möglichkeit, den beiden Vorsitzenden der Regierungsfractionen des Baden-Württembergischen Landtages, **Andreas Schwarz (GRÜNE)** und **Prof. Reinhart (CDU)**, in einem Statement über den Handlungsbedarf im Justizvollzug zu berichten.

Es ist toll, dass der **BBW** seinen Mitgliedsgewerkschaften diese Möglichkeiten bieten konnte und sie blieb nicht ungenutzt.

Es ist toll, dass der **BBW** seinen Mitgliedsgewerkschaften diese Möglichkeiten bieten konnte und sie blieb nicht ungenutzt.

Es ist toll, dass der **BBW** seinen Mitgliedsgewerkschaften diese Möglichkeiten bieten konnte und sie blieb nicht ungenutzt.



V.l.: Michael Schwarz, Lars Rinklin, Barbara Reber, Frank Maertins, Kai Rosenberger (BBW), Alexander Schmid, Andreas Rothböck.

Foto: BSBD BW

Hier ein kurzer Auszug aus der BBW-Pressemitteilung von der Sitzung:

Fraktionsspitzen der Grünen und der CDU zu BBW-Forderungen vor dem Landeshauptvorstand

Fazit der Politiker: Es gilt abzuwägen zwischen „was gut wäre und was machbar ist“

Der Forderungskatalog des BBW ist bekannt, inzwischen auch in Kreisen der Politik. Dennoch hat BBW-Chef Kai Rosenberger in Gegenwart der Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Reinhart (CDU) am 13. Mai 2019 vor dem Landeshauptvorstand seiner Organisation noch einmal aufgelistet, was nach Ansicht des BBW im Doppelhaushalt 2020/2021 berücksichtigt werden sollte. Schwarz wie Reinhart zeigten Verständnis. In der Sache reagierten beide jedoch zurückhaltend. Mit Blick auf die jüngste Steuerschätzung gelte es abzuwägen zwischen „was gut wäre und was machbar ist“.

Nach der jüngsten Steuerschätzung ist in 2019 mit deutlich geringeren Steuermehreinnahmen zu rechnen als im Herbst 2018 prognostiziert. Dennoch würden in diesem Jahr die Steuermehreinnahmen aus dem Rekordjahr 2018 noch einmal übertroffen, relativierte BBW-Vorsitzender **Rosenberger** im Vorgriff bereits entsprechende Einwände der Politiker noch bevor diese überhaupt zu Wort gekommen waren.

Die Gesprächsrunde eröffnete **BBW-Chef Rosenberger**.

Der Forderungskatalog seiner Organisation sei lang und er begründete umgehend, warum der **BBW** vordringlich eine Überarbeitung des Besoldungsgefüges fordere, die Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen aus dem Jahr 2013 verlange, an der Forderung nach Angleichung der für den Beamtenbereich geltenden Wochenarbeitszeit an

die im Tarifbereich geltende Wochenarbeitszeit festhalte und sich im Rahmen der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2019/2020/2021 für einen **BW-Bonus on top** einsetze.

Die **BBW-Forderung** auf einen Neuzuschnitt des Besoldungsgefüges basiert auf dem **Färber-Gutachten**, das nachweist, dass die Besoldung der unteren Besoldungsgruppen an der Verfassungsmäßigkeit schrammt. Es sei



BBW-Landeshauptvorstand am 13. Mai 2019 in Leinfelden – wenn man genau hinschaut, kann man einige BSBD-Vorständler erkennen. Foto: BSBD BW

nicht länger hinnehmbar, dass bei der Besoldung junger Beamtinnen und Beamten der unteren Besoldungsgruppen das Abstandsgebot zur Sozialhilfe,

das bei 15 Prozent liegt, nicht eingehalten wird. Im Klartext bedeute dies, dass ein Sozialhilfeempfänger in einer Großstadt des Landes finanziell besser

gestellt sei als ein junger Beamter der Besoldungsgruppen A5 bis A7, der mit seinem Salär den Unterhalt für seine Familie bestreiten muss. ■

Sommerfest der BBW Jugend

BSBD mit dabei beim BBW

Unter dem Motto „Uns fehlt das Motto – dem Land dafür das Personal“ hat die BBW-Jugend am 13. Juni 2019 erneut zu ihrem jugendpolitischen Sommerfest eingeladen.

Die Geschäftsführerin **Julia Nußhag** freute sich, neben dem Vorsitzenden des BBW, **Kai Rosenberger**, und Vertretern aus mehreren Parteien auch den **BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid** und den **BSBD-Jugendvertreter Philipp Weimann** begrüßen zu dürfen.

Ein spannender Austausch und ein Blick über den Tellerrand, das ist es, was diese Abende immer wieder auszeichnet. So war es auch nicht verwunderlich, dass der Andrang als stetig zunehmend zu bezeichnen war. ■



Entspannter Abend mit guten Gesprächen bei der BBW-Jugend. V. l. Julia Nußhag (BBW-Jugend), Gerhard Brandt (stellv. BBW Vorsitzender), Johanna Zeller (BBW-Jugend), Kai Rosenberger, Alexander Schmid, Philipp Weimann, Andre Geiss (BBW-Jugend). Foto: BSBD BW

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 80 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN

www.beamtendarlehen-center.de
Kostenlose Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Finanzvermittlung Karin Jaeckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Fax: 05130 - 97572-59 • Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Gelebte Kooperation

Delegierte des BSBD beim Seniorenverband

Am 18. und 19. Juni 2019 veranstaltete der Seniorenverband öffentlicher Dienst BW seine jährliche Sitzung des Hauptvorstandes in Karlsruhe.

Der BSBD war mit zahlreichen Mitgliedern, die mittlerweile Funktionen als Kreisvorsitzende des Seniorenverbandes wahrnehmen, vertreten. BSBD-Landesvorsitzender **Alexander Schmid** führte die Gruppe des BSBD hierbei zum wiederholten Male an. Es lässt sich wieder einmal feststellen, dass die Premiummitgliedschaft, also die Kooperation zwischen BSBD und Seniorenverband ein echtes Erfolgsmodell darstellt.



Gruppe des BSBD mit Vorsitzendem Waldemar Futter (l.) vom Seniorenverband – danach (v.l.) Georg Konrath, Alexander Schmid, Karl Schüle (Sen. Verb.), Ernst Steinbach (Sen. Verb. und BSBD-Ehrenvorsitzender), Mathias Vogginger.

Foto: BSBD BW

Alexander Schmid beim Landeskongress der DPoIG BW

Ralf Kusterer im Amt des Vorsitzenden der DPoIG bestätigt

BSBD-Chef **Alexander Schmid** freut sich, dem wiedergewählten Vorsitzenden der DPoIG Baden-Württemberg – **Ralf Kusterer** und allen weiteren Funktionären in der Partnergewerkschaft DPoIG – persönlich gratulieren zu können.

Der BSBD wünscht der DPoIG weiterhin viel Erfolg bei der Durchsetzung ihrer sehr berechtigten Forderungen



Alexander Schmid gratuliert dem alten und neuen Landeschef der DPoIG Ralf Kusterer.

Foto: BSBD BW

zur Weiterentwicklung im polizeilichen Bereich.

Im Folgenden nun ein Auszug aus dem „DPoIG INFORMATIONS DIENST Juni 2019“:

„Ein sicheres Baden-Württemberg für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beschäftigten der Polizei“

Am 5. Juni 2019 fand in der „EP-Arena“ in Rust (Ortenaukreis) der Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Baden-Württemberg statt, an dem etwa dreihundert Delegierte aus ganz Baden-Württemberg teilnahmen.

Der Landeskongress 2019 stand unter dem Motto „Sicheres Baden-Württemberg für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beschäftigten der Polizei“. Denn auch diejenigen, die tagtäglich im Land für Sicherheit sorgen, verdienen und brauchen bestmöglichen Schutz und Sicherheit.

Das war die zentrale Botschaft, unter welcher das oberste Organ der DPoIG Baden-Württemberg abgehalten wurde.

Die Vertreter der seitherigen Landesleitung, mit **Ralf Kusterer** an der Spitze, zogen Bilanz aus den vergangenen vier Jahren, debattierten mit den Delegierten über Themen der Inneren Sicherheit sowie über die derzeitige Beschäftigungssituation bei der Polizei in Baden-Württemberg.

Jahreshauptversammlung des BSBD-OV Heilbronn

Zahlreiche Ehrungen langjähriger Mitglieder auf der Tagesordnung

Am 11. 04. 2019 fand im Beafu-Keller der JVA Heilbronn die diesjährige Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Heilbronn statt.

Der Vorsitzende **Thomas Stuntz** konnte zahlreiche Mitglieder begrüßen, u. a. den ehemaligen Anstaltsleiter **Ulrich Schlicher**, den neuen Anstaltsleiter **Andreas Vesenmaier**, den Verwaltungsleiter **Dirk Schwenk**, den BSBD-Ehrenvorsitzenden **Ernst Steinbach**, den stellvertretenden BSBD-Landesvorsitzenden **Lars Rinklin** und den ehemaligen Vorsitzenden des BSBD OV Heilbronn **Otmar Maile**. Außerdem konnte er den Direktionsbevollmächtigten für den öffentlichen Dienst von der BGV, Herrn **Thorsten Söffner**, willkommen heißen.

In seinem Bericht ging der Vorsitzende auf die Mitgliederentwicklung im OV Heilbronn ein. Die Mitgliederzahl (Stand April 2019) lag bei 188 Mitgliedern. Außerdem berichtete er von der Landeshauptvorstandssitzung 2019 in Gäufelden, vom Grillfest der Fachgruppe „Junge Bedienstete“ im OV Heilbronn, von der Tagung „Pensionsnahe Jahrgänge“, von der Fachgruppenversammlung „Weibliche Bedienstete“ auf dem Hohrainhof, der Neuregelung der Anwärtersonderzuschlagsverordnung

und der **DBB**-Tagung „Gewerkschaftsmanagement“.

Weiterhin berichtete er von den vorzeitigen örtlichen Personalratswahlen und dem gemeinsamen Gespräch zwischen dem AK Recht und Verfassung der **CDU** und dem **BSBD**-Landesvorstand, wozu er ebenfalls eine Einladung erhalten hatte. In diesem Gespräch ging es auch um die Schmuggelaffäre in der JVA Heilbronn und deren Auswirkungen.

Auch politisch war der Ortsverband Heilbronn wieder unterwegs. So fand am 7. Februar 2019 im Nebenzimmer des Cafe Excellent in Heilbronn ein Gespräch mit dem **CDU**-Bundestagsabgeordneten **Eberhard Gienger** statt. Am 15. Februar 2019 erfolgte auf Einladung der **SPD**-Landtagsabgeordneten **Reinhold Gall** und **Rainer Hinderer** ein Gespräch im Wahlkreisbüro der Abgeordneten.

Der stellvertretende **BSBD**-Landesvorsitzende **Lars Rinklin** überbrachte die Grüße des Landesvorstandes und informierte über die aktuellen Themen und Entwicklungen, die der Landesvorstand derzeit bearbeitet. U.a. ging er auf die freie Heilfürsorge als Wahlleistung zur Beihilfe, auf Mehrstellen für den Justizvollzug, die Ausschöpfung der Stellenobergrenzen bei A 9 und A 9 + Z, auf Stellenhebungen im nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 und auf die geplante Besoldungsanhebung bei Lehrern nach A 13 ein.

Kassier **Volker Ebert** berichtete über einen guten Kassenstand bei leichten Verlusten. Diese resultierten aus dem Kauf von Mouse-Pads (mit **BSBD**-Logo) als kleines Weihnachtsgeschenk für die Mitglieder.

Josef Zürn bescheinigte dem Kassier eine einwandfreie Kassenprüfung und schlug der Versammlung die Entlastung vor. Anschließend verkündete er aus gesundheitlichen Gründen seinen

Rücktritt. Das gleiche galt für den entschuldigten weiteren Kassenprüfer **Hagen Wagner**.

Der Vorsitzende **Thomas Stuntz** und sein Stellvertreter **Ronny Blankenburg** bedankten sich bei **Josef Zürn** für die jahrelange Tätigkeit als Kassenprüfer und übergaben ihm ein Weinpräsent. Ebenso würdigten sie die Tätigkeit des weiteren Kassenprüfers **Hagen Wagner**.

Bei den anschließenden Neuwahlen der Kassenprüfer wurden der Pensionär **Werner Gemmrich** (ehemaliger Vollzugsdienstleiter) und **Giovanni Scarsella** einstimmig gewählt.

Beim Tagesordnungspunkt Ehrungen wurden folgende Mitglieder geehrt:

- **für 25-jährige Mitgliedschaft:** **Tina Asser**, **Petra Hauck** (in Abwesenheit) und **Rainer Bodemer**,
- **für 40-jährige Mitgliedschaft:** **Kurt Wieland**, **Helmut Nester**, **Reiner Suchanek** (entschuldigt) und **Peter Saheikewitsch** (in Abwesenheit),
- **für 60-jährige Mitgliedschaft:** **Heinz Macco** (er war aus gesund-

heitlichen Gründen ebenfalls nicht anwesend); die Ehrung wird nachgeholt.

- **Bei Richard Ihle passierte dem Vorsitzenden leider ein schlimmer Fehler. Aufgrund von falschen Eintrittsdaten in den OV-Unterlagen wurde er vergessen. Der Vorsitzende entschuldigte sich schriftlich und wird die Ehrung selbstverständlich nachholen.**

Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes bedankte sich Vorsitzender **Thomas Stuntz** bei **Thorsten Söffner** von der **BGV** für die finanzielle Unterstützung der Versammlung.

Der Vertreter der Fachgruppe Pensionäre **Otmar Maile** berichtete noch über die Aktivitäten der **BSBD**-Pensionäre und den Seniorenverband des **BBW**.

Bevor die Versammlung beendet wurde bedankte sich der Vorsitzende **Thomas Stuntz** noch bei der Küche für das anschließende Essen.

Diesen Dank konnte **Heiko Rudigier** mit Freude entgegennehmen.

Thomas Stuntz



Die geehrten BSBD-Jubilare: (von links) stv. Vorsitzender Ronny Blankenburg, Tina Asser (25 Jahre), Rainer Bodemer (25 Jahre), Helmut Nester (40 Jahre), Kurt Wieland (40 Jahre), Vorsitzender Thomas Stuntz und Kassier Volker Ebert.

Foto: OV Heilbronn

Mitgliederversammlung des BSBD-OV Pforzheim

Simon Raschke-Braun als Vorsitzender wiedergewählt

Am 1. Juli 2019 fand um 15:00 Uhr im Kantinenraum der Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim die Mitgliederversammlung des BSBD-Ortsverbandes statt.

Die Versammlungsleitung wurde vom Vorsitzenden **Simon Raschke-Braun** übernommen, für das Abfassen des Protokolls hatte sich Kollege **Martin Szkudlarski** bereit erklärt.

In seinem Vorstandsbericht führte der Vorsitzende **Raschke-Braun** dann aus,

dass im Spätsommer eine Infoveranstaltung mit dem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** geplant sei. Dort sollen auch die **BBBank** und die **BGV** vertreten sein. Der Ort sei noch nicht bekannt, aber Vorschläge dazu würden gerne aufgenommen. Ziel dieser Veranstaltung: Die **Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim (AHE)** soll wieder stärker in den Kreis des Justizvollzugs einbezogen werden und der **BSBD** soll in der **AHE** wieder präsenter sein. Allerdings habe man sehr wohl die Erfolge,

an denen der **BSBD**-Landesverband maßgeblich beteiligt war, auch in Pforzheim als sehr positiv anerkannt – so unter anderem die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses 2019, die Erhöhung des Anwärtersonderschlags und besonders die Wahloption zwischen Beihilfe und freier Heilfürsorge.

Nun warte man sehr gespannt auf die Ergebnisse zur Erhöhung des **DUZ**-Zuschlags und der Abschaffung der Kostendämpfungspauschale. Anschlie-



Der Vorstand des BSBD-Ortsverbandes Pforzheim (von rechts): Vorsitzender Simon Raschke-Braun, stellv. Vorsitzender Christian Pietsch und Kassier Martin Szkudlarski. Foto: OV Pforzheim (AHE)

ßend berichtete der Vorsitzende **Simon Raschke-Braun** von seiner Teilnahme an der Landeshauptvorstandssitzung in Gäufelden.

Nach der Abwicklung der formalen Tagesordnungspunkte zum Kassenab-

schluss, des Berichts des Kassenprüfers und der einstimmigen Entlastung des Gesamtvorstands standen dann die Neuwahlen auf Ortsebene an:

- **alter und neuer Vorsitzender:**
Simon Raschke-Braun,

- **stellv. Vorsitzender:**
Kollege Christian Pietsch,
- **Kassierer:**
Kollege Martin Szkudlarski,
- **Schriftführer:**
Kollege Simeon Grimm.

Alle gewählten Kandidaten nahmen mit herzlichem Dank die Wahl an.

Für die Verbandsfunktion der **Fachgruppenvertreter** stellten sich zur Verfügung:

- **Simeon Grimm für die Fachgruppe Junge Bedienstete,**
- **Martin Szkudlarski für die Fachgruppe Allgemeiner Vollzugsdienst,**
- **Karl-Heinz Demel für die Fachgruppe Gehobener Dienst.**

Gesucht wird noch eine Fachgruppenvertreterin für weibliche Bedienstete.

Zum Abschluss der Sitzung hob der Vorsitzende **Raschke-Braun** nochmals hervor, dass der **BSBD** wieder aktiver in der Abschiebungseinrichtung Pforzheim zu Werke gehen soll und dass vor allem die jungen Auszubildenden für ihre Mitgliedschaft im **BSBD** angesprochen und gewonnen werden sollen.

Kollege **Raschke-Braun** schloss um 15:45 Uhr die Versammlung. ■

JVA Adelsheim gewinnt das 5-Länder-Turnier

Austragungsort war das Sportgelände in Frankenthal

Die Justizvollzugsanstalt **Frankenthal** veranstaltete am **15. Juni 2019** das diesjährige „5-Länder-Turnier“ der Justiz. Dieses Turnier hat lange Tradition und wurde nun schon zum **41-sten Mal** ausgetragen.

Die JVA Adelsheim gewann ihr erstes Vorrundenspiel gegen die JVA Saarbrücken mit 3:1. Das zweite Spiel gegen die JVA Heilbronn konnte Adelsheim mit 4:0 für sich entscheiden. Somit war das Halbfinale schon nach zwei Partien gesichert.

Das letzte Vorrundenspiel konnte man gegen den Gastgeber JVA Frankenthal mit 5:2 überzeugend gewinnen. Das Turnier war bei herrlichem Fußballwetter sehr gut organisiert worden und fand in gemütlicher Atmosphäre auf dem Sportgelände in Frankenthal statt.

Im Halbfinale bezwang dann die JVA Adelsheim mit 2:0 die JVA Wittlich. Das Spiel war sehr ausgeglichen und lebte von seiner Spannung bis zum Schluss. Am Ende setzte sich Adelsheim aber verdient durch. Im Finale stand den Adelsheimern die befreundete JVA

aus Trier gegenüber. Trier musste im Endspiel dem langen Turniertag Tribut zollen und war von der sehr warmen Witterung sichtbar erschöpft. Adelsheim konnte aufgrund der großen mannschaftlichen Geschlossenheit und einem ausgesprochen gut besetzten Team das Finale mit einem deutlichen Ergebnis von 5:0 für sich entscheiden. Somit konnte der Titel, den die JVA Adelsheim vor zwei Jahren in München gewonnen hatte, erfolgreich und zur großen Freude der jubelnden Fußballer verteidigt werden. ■



Die Mannschaft der JVA Adelsheim freut sich über ihren Sieg beim 5-Länder-Turnier.

Foto: OV Adelsheim

JVA Ulm deutscher Meister im Kegeln

Abendveranstaltung mit Live-Band, Männerballett und Showtanz war ein Erlebnis



Die siegreichen Kegler und Keglerinnen der JVA Ulm.

Foto: OV Bruchsal

Zum zweiten Mal nach 2012 konnte die Kegelmannschaft der Justizvollzugsanstalt Bruchsal die Deutschen Justizkegelmeisterschaften vom 17. bis zum 18. Mai 2019 nach Baden-Württemberg holen.

Bei bestem Wetter nahmen die 13 gemeldeten Teams am Freitagmorgen den Kampf um den Titel des „Deutschen Meisters“ auf und am Samstagmittag stand der diesjährige Sieger fest.

Bei der Siegerehrung war der Jubel beim Deutschen Meister Ulm mit 2932 Holz nicht zu bremsen, als die Kegler und Keglerinnen den Meisterpokal überreicht bekamen.

Den zweiten Platz belegte die JVA Cottbus mit 2838 Holz, und Platz drei sicherte sich die JVA Laufen-Lebenau mit 2798 Holz.

Deutsche Meisterin bei den Damen wurde **Birgit Meißner** von der JVA Cottbus mit 603 Holz.

Platz zwei belegte **Sigrun Franz** von der JVA Untermaßfeld und der dritte Platz ging an **Dörthe Kleemann** von der JVA Cottbus.

Bei den Herren wurde **Alexander Gorbach** von der JVA Ulm mit 648 Holz Deutscher Meister.

Die Plätze zwei und drei wurden mit jeweils 601 Holz von **Matthias Köhler** (15 Neuner) von der JVA Werl und

Matthias Kleemann (14 Neuner) von der JVA Neustrelitz belegt.

Die Abendveranstaltung am Samstag wurde von der Live Band „Toys“ bis zum Schluss wunderbar gestaltet und durch das Männerballett Zeutern sowie einem Showtanz der Garden der Karnevalsgesellschaft Odenheim bereichert.

Wir bedanken uns bei allen Helfern, bei den Sponsoren, beim Männerballett Zeutern, bei den Garden der Karnevalsgesellschaft Odenheim sowie bei den aus ganz Deutschland angereisten Mannschaften und Frauen und hoffen auf ein herzliches fröhliches Wiedersehen mit „Allen“ nächstes Jahr in Werl. ■

Aktiv Mitglieder werben lohnt sich!

Jede erfolgreiche Werbung eines Neumitglieds für den BSBD-Landesverband Baden-Württemberg wird durch den Landesverband zukünftig mit einer Prämie von 20.- Euro honoriert. Diese Prämie wird jährlich im ersten Quartal rückwirkend für das vergangene Jahr auf das jeweils beim Landesverband hinterlegte Konto des Werbers ausbezahlt.

„Werber“ ist, wer auf dem Antrag des Neumitglieds im Feld Werber als solcher bezeichnet wird.

Es lohnt sich also mehr denn je, wenn Sie uns als überzeugtes Mitglied des BSBD weiterempfehlen.

(Der Rechtsweg ist für diese Dauerwerbeaktion ausgeschlossen.)



© bluedesign/Adobe Stock

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 € - Vorteilszins für den öffentl. Dienst - Umschuldung: Raten bis 50% senken - Baufinanzierungen echt günstig 0800 - 1000 500 Free Call Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.	NEUER exklusiver Beamtenkredit 2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering! Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen	- Unser bester Zins aller Zeiten - Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.	Sensationell günstig AK FINANZ Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel. (0621) 178180-0 info@ak-finanzen.de www.ak-finanzen.de
--	--	--	--